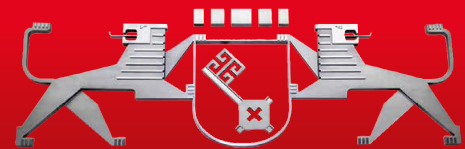


# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 7. DEZEMBER 2022



## MUSTAFA GÜNGÖR: „BREMEN IST EIN EINWANDERUNGSLAND!“

**Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör, hat sich für ein modernes Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht ausgesprochen und Ausgrenzung, Spaltung und Polemik eine klare Absage erteilt. Unter dem Titel „Bremen und Bremerhaven sind weltoffene und multikulturelle Städte“ hatten die Sozialdemokraten heute eine Aktuelle Stunde beantragt. Und Güngör machte klar: „Wir lassen uns nicht einfangen von den immer wieder gestreuten Ressentiments gegen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Denn dahinter steht immer und ausschließlich das hässliche Gesicht des Rassismus!“**

„Ich bin deutscher Staatsbürger. Und obwohl ich in Bremen geboren und aufgewachsen bin, obwohl ich in dieser Stadt die Schule besucht habe und obwohl ich – glaube ich – ganz gut Hochdeutsch spreche, ist das leider keine Selbstverständlichkeit“, nahm Güngör zu Beginn seiner Rede Bezug auf seine Biografie. „Denn ich bin ein Kind türkischer Einwanderer – ein klassisches Gastarbeiterkind. Und als junger Mann stand ich vor einem Dilemma: Soll ich die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen – also die Staatsbürgerschaft des Landes, in dem ich aufgewachsen bin, in dem ich meine Sozialisation erlebt habe und in dem ich vermutlich mein ganzes Leben verbringen werde? Oder sollte ich türkischer Staatsbürger bleiben – und damit die direkte Verbindung mit dem Land aufrechterhalten, in dem große Teile meiner Familie noch heute leben? Ich musste mich entscheiden. Und ich entschied mich für den deutschen Pass. Hätte ich mich anders entschieden, könnte ich hier heute gar nicht vor Ihnen stehen und zu Ihnen sprechen. Ich hätte weder das aktive noch das passive Wahlrecht.“

Dieses Problem treffe nach wie vor Tausende Menschen in Bremen und Bremerhaven. „Und die Tendenz bleibt auf Dauer steigend, denn Bremen ist ein Einwanderungsland!“, betonte der Sozialdemokrat. Laut Mikrozensus lebten hier 2021 rund 260.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Das seien fast 40 Prozent der Bevölkerung, und rund die Hälfte davon habe keinen deutschen Pass. „Das ist für unsere parlamentarische Demokratie inzwischen ein gravierendes Problem“, so Güngör. So seien bei der Bürgerschaftswahl 19 Prozent der Bremer:innen und 18 Prozent der Bremerhavener:innen und bei der Bundestagswahl in manchen Bremer Stadtteilen mehr als die Hälfte der über 18-Jährigen nicht wahlberechtigt gewesen. Güngör: „Da kann man sich schon die Frage stellen, welche Legitimation man als Abgeordneter in einer Demokratie hat, wenn immer mehr Menschen nicht wählen können oder dürfen.“ Natürlich gebe es diejenigen, die noch nicht lange in Bremen seien oder Deutschland auch wieder verließen. „Aber es gibt auch Menschen, die wollen bleiben. Die wollen sich einbringen, wollen Teil dieser Gesellschaft werden. Und es gibt Menschen wie meine Mutter, die hier seit einem halben Jahrhundert leben, die hier gearbeitet, ihre Kinder großgezogen und seit Jahrzehnten Steuern gezahlt haben. Und trotzdem müsste jemand wie sie für ihre Einbürgerung Sprach- und Landeskennnisse nachweisen, die manch anderer ohne Migrationsgeschichte nicht vorweisen kann, und ihre bisherige Staatsbürgerschaft aufgeben. Ich frage mich: Was ist das für eine millionenfache Herabsetzung von und mangelnder Respekt vor Lebensleistung? Was ist das für ein millionenfaches Problem für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt? Was ist das für eine millionenfache Selbstverleugnung für unseren deutschen Staat? Staatsbürgerschaft und Wahlrecht sind wichtige Instrumente demokratischer Teilhabe. Gleichzeitig sind sie aber auch die Voraussetzung für eine starke Legitimation unserer Demokratie. Und deshalb gibt es hier dringenden Handlungsbedarf!“

„Unsere Gesetzgebung hat sich in den letzten Jahrzehnten nur behäbig an die Lebensrealitäten angepasst. Das ist, wie ich finde, kein Ruhmesblatt“, so Güngör weiter. „Doch es ist auch nachvollziehbar. Denn Menschen brauchen offenbar viel Zeit, um zu erkennen, dass das zunächst ‚Fremde‘ zu einer wahren Bereicherung werden kann – ob in gesellschaftlicher, kultureller oder eben justizieller Hinsicht. Es ist doch so: Es braucht längst keine helle Haut mehr, um ‚wirklich‘ Deutscher zu sein. Wir sind in einer zunehmend pluralen und diversen Gesellschaft angekommen – und zwar in jeder Hinsicht. Deutschland ist ein Einwanderungsland – und das ist auch gut so.“



Denn wegen des demografischen Wandels brauchen wir jedes Jahr 400.000 zusätzliche Arbeitskräfte, sagt etwa die Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles.“

Deswegen sei es eine gute Nachricht, dass die SPD-geführte Bundesregierung nun Reformen auf den Weg bringe, die den gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte endlich Rechnung trügen: Zum einen mit dem Chancenaufenthaltsrecht, mit dem langjährig Geduldete die Chance auf ein Bleiberecht erhielten. Zum anderen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz, mit dem auf den zunehmenden Fachkräftemangel reagiert werde, der ohne Zuwanderung gar nicht gedeckt werden könne. Und schließlich und vor allem: mit Änderungen beim Einbürgerungsrecht. Damit sollen Menschen schneller die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen können. Menschen im Rentenalter sollen zudem Erleichterungen beim Sprach- und Einbürgerungstest erhalten. „Dabei geht es besonders um die erste Generation von Gastarbeitern, die hier seit Jahrzehnten lebt, die das so genannte Wirtschaftswunder mit verantwortet hat, der aber nie ein Integrationsangebot gemacht wurde“, erklärte Güngör – und hob als drittes hervor, dass die doppelte Staatsbürgerschaft vollständig ermöglicht werden soll. „Wir müssen es den Menschen einfacher machen: Wer sich für Deutschland entscheidet, der- oder diejenige muss sich nicht gegen seine Heimat entscheiden!“

„Es ist jetzt, im Jahr 2022, die Aufgabe, zum einen, dieser ersten Generation von Gastarbeitern doch noch einmal den nötigen Respekt zu zeigen, und zum anderen, die Zukunft unseres Landes mit einem modernen Zuwanderungs-, Aufenthalts- und Einbürgerungsrecht gemeinsam zu gestalten“, fasste Güngör zusammen und betonte noch einmal, warum er die heutige Aktuelle Stunde für dringend nötig hielt: „Wie der Diskurs in den vergangenen Wochen geführt wurde, hat mich betroffen gemacht – zumindest zum Teil. Denn alte fremdenfeindliche Klischees und Schlagworte wurden von unterschiedlichen Seiten wieder aus der Mottenkiste geholt. Und ich finde, die Bremische Bürgerschaft muss sich dieser Polemik entschieden entgegenstellen. Wir müssen gemeinsam anerkennen, welche Leistungen Zugewanderte und ihre Nachfahren für unsere beiden Städte erbracht haben. Wir müssen gemeinsam dafür werben, dass unsere Bürgerinnen und Bürger die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen und damit auch voll an Politik und Gesellschaft teilhaben können. Wir müssen hier heute gemeinsam feststellen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass unser Bundesland Zuwanderung braucht. Und wir müssen gemeinsam betonen, dass fremdenfeindliche Polemik – von ‚Sozialtouristen‘ über ‚Kinder statt Inder‘ bis hin zur ‚Entwertung des deutschen Passes‘ – keinen Platz im demokratischen Diskurs haben dürfen!“

## ANFRAGE

## DEBATTE ÜBER LEGALEN WAFFENBESITZ

Zum Thema Waffenkontrollen und Waffenbesitz im Land Bremen hatte die rot-grün-rote Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eine Große Anfrage an den Senat gestellt. Heute nun wurde die Antwort auf diese Anfrage debattiert. „Jede Waffe ist eine potenzielle Gefahr, und als Abgeordnete müssen wir immer wieder darauf achten, ob unsere Gesetze dazu noch zeitgemäß sind oder ob wir da etwas nachbessern müssen“, sagte der SPD-Abgeordnete Holger Welt in seiner Rede. Und der innenpolitische Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Kevin Lenkeit, nahm in seinem Beitrag auch Bezug auf die Meldungen vom Morgen.

„Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Gefährliche Waffen – und hier vor allem Schusswaffen – gehören ausschließlich in die Hände von Menschen, die durch Funktionen oder Berufe dafür autorisiert sind. Für alle anderen sind sie tabu“, betonte Welt, der auch aus seiner langjährigen Tätigkeit als Polizeibeamter berichtete. „Jeder Antrag auf einen Waffenbesitz wird, da bin ich mir sicher, sehr genau geprüft. Eine Erteilung darf aber wirklich nur erfolgen, wenn der oder die Antragsteller:in tatsächlich geeignet ist und es einen plausiblen Grund gibt, der einen Waffenbesitz rechtfertigt“, erklärte Welt. „Und es war 2020 eine richtige Entscheidung, dass das zuständige Landesamt für Verfassungsschutz bei der erstmaligen Erlaubniserteilung mit einbezogen wird.“

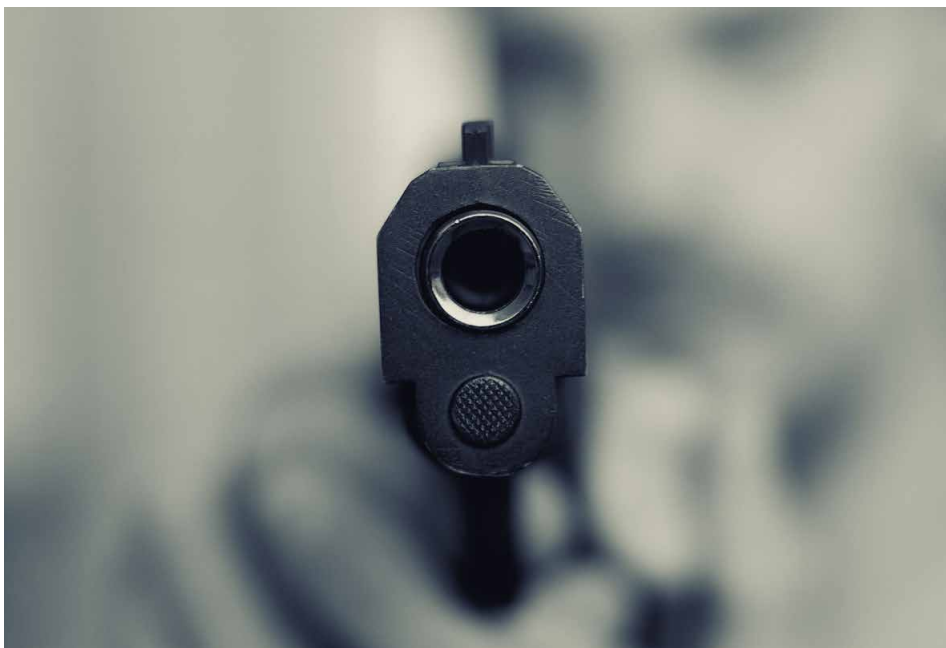
Eine Überprüfung aller Waffenbesitzer:innen müsse gewährleistet sein, betonte der Sozialdemokrat. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf psychische Erkrankungen. Bisherige rechtliche Lücken sollten in



Holger Welt

Bremen nun geschlossen werden, so Welt. „Damit setzen wir weitere Maßstäbe für Sicherheit.“

Aufgrund der Corona-Pandemie seien laut Antwort des Senats Kontrollen zur sicheren



Aufbewahrung vor Ort nur eingeschränkt möglich gewesen, führte Welt aus. Dies sei nachvollziehbar, die SPD-Fraktion erwarte aber, dass diese Kontrollen nun schnell nachgeholt würden. Zudem könne er sich vorstellen, eine zeitlich befristete Waffenamnestie zu wiederholen, um auf diese Weise wie schon in der Vergangenheit Waffen aus dem Dunkelfeld zu holen, sagte der Sozialdemokrat, der zudem forderte, dass in Bremerhaven der Waffenbesitz ähnlich transparent und digital erfasst wird wie in Bremen.

Eine Forderung, die auch der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, – mit noch einmal deutlicherer Wortwahl – erhob.

Der Sozialdemokrat nahm in seiner Rede auch Bezug auf die Ereignisse vom Morgen: „Eine bundesweite Razzia mit Dutzenden Verhaftungen und Beschlagnahmungen von Waffen. Das Ziel der Terroristen:



Kevin Lenkeit

Die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und die Errichtung eines Staats nach Vorbild des Deutschen Reiches von 1871. Unter den Beschuldigten finden sich bekannte Reichsbürger und ehemalige und aktive Soldaten und Polizisten. Aber auch eine ehemalige Bundestagsabgeordnete – natürlich mit Parteibuch der deutschlandfeindlichen AfD.“ Schon im Vorfeld hätten Ermittler Hinweise auf zahlreiche, teilweise legale Waffen bei den Beschuldigten gehabt – und auch hieraus ergebe sich die Aktualität der heutigen Debatte.

Lenkeit begrüßte die deutliche Haltung des Senats, sich auf Bundesebene auch künftig für eine Verschärfung des Waffenrechts einsetzen zu wollen. Und er stellte abschließend klar: „Wir wollen den legalen Waffenbesitz nicht verbieten, aber für uns ist klar: Es bedarf engster gesetzlicher Leitplanken und einer engmaschigen Kontrolle jener legalen Waffen im Privatbesitz. Hier waren wir in Bremen gut aufgestellt, Corona hat da eine Lücke gerissen, diese gilt es nun zu füllen und dafür Sorge zu tragen, die Kontrolle krisensicher aufzustellen.“

## ANTRAG

## DEBATTE ÜBER GESCHLOSSENE JUGENDHILFEEINRICHTUNGEN

In geschlossenen Jugendhilfeeinrichtungen haben Jugendliche in der Vergangenheit immer wieder auch psychische und körperliche Gewalt erfahren. Auch Kinder und Jugendliche aus Bremen waren betroffen. Die rot-grün-rote Koalition hat deshalb eine Große Anfrage über diesen Themenkomplex an den Senat gerichtet, die heute in der Bürgerschaft debattiert wurde. Zudem verabschiedete das Parlament einen Antrag, in dem sie das Leid der Betroffenen anerkennt und bedauert. Der Senat soll sich außerdem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese eine Entschädigung erhalten können.

Zuletzt waren es die Einrichtungen der Haasenburg GmbH in Brandenburg und der Friesenhof in Schleswig-Holstein, die öffentlich in der Kritik standen. „Psychische und körperliche Gewalt, Methoden aus der ‚schwarzen Pädagogik‘, unzulässige Sanktionierungen, massive Eingriffe in die persönliche Freiheit und anderes mehr haben dort bereits schwer belastete Kinder und Jugendliche noch weiter traumatisiert“, erklärte Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion. „Erst als einige Fälle öffentlich wurden, sind Kommissionen und Untersuchungsausschüsse eingesetzt worden, die schlussendlich zur Schließung der beiden Heime führten. Auch in Bremen müssen wir uns mit dieser Thematik beschäftigen, denn wie so viele Jugendämter in ganz Deutschland haben auch wir diesen beiden Organisationen Kinder und Jugendliche anvertraut.“



Petra Krümpfer

Aus der Antwort auf die Große Anfrage gehe hervor, dass insgesamt 16 Kinder und Jugendliche aus Bremen im Alter zwischen zwölf und 18 Jahren in einer dieser Einrichtungen untergebracht gewesen seien –

zum Teil bis zu viereinhalb Jahre lang. „Was genau dort mit ihnen geschah, wissen wir nicht“, so die Sozialdemokratin. „Nach der Recherche des Landesjugendamtes und dem Amt für Soziale Dienste sind nach sorgfältiger Aktenanalyse jedenfalls keine Fälle von Kindern oder Jugendliche bekannt, die im Anschluss besonders auffällig gewesen sind. In der Regel sind sie nach ihrer Entlassung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe weiter begleitet und betreut worden.“ Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren sei aber keiner der Bremer Betroffenen gewesen. „Wir wissen aber, dass auch einige unsere Kinder und Jugendlichen ‚unverhältnismäßigen Sanktionierungen, Beleidigungen und Drill‘, so ein Zitat aus der Antwort des Senats, ausgesetzt waren. Diese Erkenntnisse haben schlussendlich auch zum Stopp der Belegung aus Bremer Perspektive geführt. Gut so!“

Krümpfer erläuterte, dass sich die Jugendhilfe in den vergangenen Jahren weiterentwickelt habe. Sie finde neue, bessere Antworten für Kinder und Jugendliche, die in ihrem Leben viele schlimme Erfahrungen machen mussten. Gut und richtig sei es auch, dass das Familiengericht mitentscheiden müsse, welche Maßnahmen helfen könnten. So bestehe seit 2017 bei freiheitsentziehenden Maßnahmen ein Genehmigungsvorbehalt durch das Familiengericht.

„Und es ist gut und richtig, dass wir in Bremen Kindern und Jugendlichen mit besonderen intensiv-pädagogischen Einrichtungen zur Seite stehen können. Dass wir einen Kooperationspool gegründet haben, der im Einzelfall die Situation von Kindern und Jugendlichen bewertet, deren Unterbringung in den ‚normalen‘ Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen nicht mehr oder noch nicht möglich ist, und der spezielle Betreuungssettings organisieren kann“, so Krümpfer weiter. „Und dennoch: In Ausnahmefällen kann eine geschlossene Jugendhilfeeinrichtung zunächst das richti-

ge Angebot sein oder auch eine Unterbringung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Bei all diesen Maßnahmen müssen wir uns als Gesellschaft jedoch darauf verlassen können, dass eben keine unverhältnismäßigen Erziehungsmaßnahmen angewendet werden – wie im Fall der Haasenburg und dem Friesenhof. Das bedarf des kritischen Dialogs und der konzeptionellen Weiterentwicklung der Jugendhilfe und auch der Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens.“

„Wir wollen deutlich machen, dass Erfahrungen wie sie Kinder und Jugendliche in den 1960er-Jahren gemacht haben, aber auch Kinder und Jugendliche in Haasenburg und Friesenhof sie in den 2000er-Jahren noch machen mussten, einen sehr langen Schatten werfen können. Dass traumatisierende Erfahrungen in Einrichtungen, die mit ‚konfrontativen Settings‘, Fixierungen, Kontaktsperren, Wegnahme persönlichster Gegenstände, mit intensiven und zum Teil perfiden Kontrollsystemen und unzureichenden Behandlungsmethoden arbeiten, mit Methoden also, die Kinder und Jugendliche schädigen, die ihr Kindeswohl mit Füßen treten, ihre Rechte missachten – dass diese auch Jahre, manchmal Jahrzehnte nach Beendigung der Maßnahmen noch Folgen zeigen können“, so Krümpfer. „Daher ist es richtig, dass wir uns mit den Bremer Kindern und Jugendlichen, die in Haasenburg und dem Friesenhof gelebt haben, befassen. Dass wir als Bürgerschaft das Leid, dass sie in Teilen erleben mussten, sehen und anerkennen. Dass wir uns mit unserem Antrag nun dafür einsetzen, die Schutzlücke, die das Opferentschädigungsgesetz genau in solchen Fällen lässt, zu schließen, und dass wir auch in Bremen Gesprächsangebote für Betroffene machen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz und Fürsorge. Wir alle stehen in der Verantwortung, unser Möglichstes zu tun, um Kindern und Jugendlichen im Land Bremen ein möglichst sicheres und fürsorgendes Umfeld zu bieten. Das ist der große Rahmen unserer heutigen Initiativen.“

**SPD-Bürgerschaftsfraktion** Wachtstraße 27/29  
Land Bremen 28195 Bremen

**T.** 0421.336770 / **F.** 0421.3367754  
**spd-fraktion@spd-bremen.de**

**V.i.S.d.P.:**  
Andreas Reißig

**Redaktion:**  
Matthias Lüdecke, Anja Wichitill,  
Lennart Wille